

# Demokratiewerkstätten in der Erwachsenenbildung – Diskursive, partizipative und selbstbestimmte politische Bildung

*René Barrios, Udo Engbring-Romang, Angela Springer, Alexander Wicker*

## Zusammenfassung

*Demokratiewerkstätten sind selbstorganisierte, jedoch betreute Arbeitsgemeinschaften, in denen Menschen aus ihrem konkreten Lebens- und Interessenszusammenhang heraus sich politische Themen erschließen, diese in einem geschützten Raum diskursiv verhandeln und in einem letzten Schritt wiederum selbst zu Akteuren der politischen Bildung werden. Damit eröffnen sie einen pädagogischen Raum für das Erlernen von Debattenkultur, Argumentationskompetenz und der Fähigkeit zur Perspektivübernahme und leisten damit einen Beitrag zur Erhaltung der Demokratiefähigkeit der Gesellschaft.*

*Im Rahmen eines durch den Hessischen Weiterbildungspakt geförderten Verbundprojektes arbeiten die Volkshochschulen der Städte Wetzlar und Marburg sowie der Landkreise Main-Kinzig und Marburg-Biedenkopf an der Übertragung dieses in der Jugendbildung bereits erprobten Formats auf die Erwachsenenbildung im kommunalen Raum. Der vorliegende Beitrag führt in Geschichte und konzeptionelle Grundprinzipien der Demokratiewerkstätten-Arbeit ein, skizziert die Architektur des Verbundprojektes und stellt erste Ergebnisse der Projektarbeit vor.*

## 1. Einleitung

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (2017) befindet: „Wir leben in einer Zeit, in der Demokratie und unsere offene Gesellschaft ganz offensichtlich unter Druck stehen. Viele [...] kehren der Demokratie den Rücken. [...] Die Sehnsucht nach den ganz einfachen Antworten nimmt zu und ganz offensichtlich auch die Bereitschaft, diese einfachen Antworten zu geben. Eine neue Faszination des Autoritären weht da im Augenblick durch Europa und vermutlich macht sie auch vor unseren Grenzen nicht gänzlich halt.“

Gibt es in diesem Zusammenhang einen Bruch zwischen einem Teil der Gesellschaft und den Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für das Gemeinwohl als politische Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger engagieren? Der Dresd-

ner Politikwissenschaftler Werner Patzelt behauptet, „die politische Klasse habe sich vom Volk entfremdet, wisse nicht mehr, was die Leute wirklich drückt, und infolgedessen züchten wir nun mehr und mehr eine antidemokratische oder zumindest diese Demokratie ablehnende Grundeinstellung.“ (Deutschlandfunk 2015). Doch ist es umgekehrt vielmehr für „Pegida“, „AfD“ und andere Gruppierungen geradezu politisch lebensnotwendig, eine solche Entfremdung weiter zu behaupten, um sich als Vertreter eines „wahren Volkswillens“ gegen die „politische Klasse“ in Stellung zu bringen – „zynische Verschleierungsstrategien, die das wahre Gesicht des aufkommenden Totalitarismus verbergen.“ (Voßkuhle 2017).

Ein solches Auseinanderdriften ist jedoch tatsächlich zu beobachten. Eine repräsentative Studie spricht von „mehreren, ganz unterschiedlich gelagerte[n] Gräben [...] Das herausragende Ergebnis beschreibt die große Kluft zwischen dem, was die Bürger glauben, wie die Politiker sind [...] und wie die Politiker sein sollen, also zwischen Ist-Bild und Ideal-Bild.“ (Change Centre 2013, 3). Gegenseitige Erwartungen können durch Information und politische Bildung konvergieren. Das beseitigt zwar nicht alle Konflikte zwischen dem, was ebenso landläufig wie pauschalisierend als „Politik“ bezeichnet wird, und den Bürgerinnen und Bürgern. Im Gegenteil, politische Konflikte sind in unserer Aushandlungsdemokratie erwünscht und notwendig. Diese notwendigen Aushandlungsprozesse von Interessen können aber bei realistischen Erwartungen an und Bildern von der jeweils „anderen Seite“ sachlicher werden, politische Bildung kann so zur Ausbildung einer zielorientierten und pragmatischen Debattenkultur beitragen. Das scheint im politisch-gesellschaftlichen Klima, wie es derzeit oft medial transportiert wird, dringend geboten.

Einen pädagogischen Raum für die Einübung und Erprobung einer solchen Debattenkultur können die Demokratiewerkstätten als Format der außerschulischen politischen Bildung bieten. Sie sind auch eine Antwort auf das, was der Frankfurter Politikwissenschaftler Reinhard Wolf als Ursachen für diese Entwicklung identifiziert hat: (a) eine steigende Komplexität politischer Fragen; und (b) eine einfachere Abschottung gegenüber abweichenden Meinungen durch die dem Internet und Social Media inhärenten Mechanismen (vgl. Wolf 2017, 6 f.). Er schlägt eine Reihe von Regeln für das eigene Diskursverhalten vor (ebd., 8 ff.), u. a. müssten Sachargumente ernst genommen werden, auch wenn sie von der „falschen Seite“ kommen. Ferner müssten sich Demokratinnen und Demokraten abweichenden Meinungen bewusst und regelmäßig aussetzen und Menschen, die ebensolche Meinungen vertreten, sollten aufgefordert werden, diese ausführlich zu äußern und (nicht ausschließlich normativ) zu begründen.

Daneben gibt es eine zunehmend größer werdende Gruppe von Menschen, die nicht oder noch nicht wählen können und sich auf den ersten Blick wenig um hiesige Politik kümmern: Neuzugewanderte, die zum Teil mit den Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe (noch) nicht vertraut sind oder ihre eigenen Stärken noch nicht kennen. Hier besteht Aufklärungsbedarf, denn der Orientierungskurs am Ende des ersten Spracherwerbs gibt hier nur erste Grundlagen für ein Wissen zu Staat, Gesellschaft und Politik.

„Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung [sind] der einzige soziale Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger in einem persönlichen Diskurs ohne Handlungsdruck und ohne sich politisch festlegen zu müssen Fragen des politischen Zusammenlebens erörtern können“ (Sander 2002, 44). Dennoch ist das Angebot an politischer Bildung im Kursangebot der Volkshochschulen bisher verschwindend gering (vgl. Laku 2016, 86). Demokratiewerkstätten können für Volkshochschulen vor diesem Hintergrund ein neues Format auf diesem Feld sein.

## 2. Geschichte der Demokratiewerkstätten

Demokratiewerkstätten (DW) sind ein ursprünglich für die schulische politische Bildung entwickeltes Konzept. Der Büdinger Kreis e. V., ein überparteilicher Verein zur politischen Bildung und Kommunikation, hat es 1997 im Rahmen des „Nidderau-Projekts“ (Rudolf/Zeller 2001) entwickelt und in einem umfassenden Leitfaden veröffentlicht (Rudolf/Wicker 2003). Der Leitfaden sollte zur Verbreitung des Konzepts dienen und Pädagoginnen und Pädagogen ermutigen, selbst DW zu gründen und zu betreuen. Dem Leitfaden war deshalb eine „Methoden- und Themenkiste“ in Form einer CD-ROM als Arbeitshilfe beigelegt. Seither ist das Konzept auch im Rahmen von Volkshochschule rezipiert und ausgestaltet worden. Der Büdinger Kreis e. V. selbst hat es seit 1997 kontinuierlich angewendet und auch weiterentwickelt, seit 2010 gemeinsam mit der Volkshochschule der Bildungspartner Main-Kinzig (BiP-vhs) an gleichzeitig bis zu vier Schulen im Main-Kinzig-Kreis.

Neben der gymnasialen Oberstufe, an der DW gut funktionieren, wurde das Konzept immer wieder auch zum einen für andere Schulformen und -stufen, zum anderen aber auch für Settings außerhalb der Schule nutzbar gemacht. 2005/06 beispielsweise wurde eine DW an einem Standort der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz etabliert.

## 3. Das Konzept „Demokratiewerkstätten“

### *Diskutieren – Lernen – Gestalten*

Demokratiewerkstätten sind freiwillige und selbstorganisierte, jedoch betreute Arbeitsgemeinschaften, in denen Menschen aus ihrem konkreten Lebenszusammenhang heraus politische (bzw. auch historische oder ökonomische) Themen lernend aufarbeiten, diese in einem geschützten Raum diskursiv verhandeln und in einem letzten Schritt selbst zu Akteuren der politischen Bildung für ihren Sozialraum werden. Sie nehmen ihren Ausgangspunkt in einer Auftaktveranstaltung zu einem (beliebigen) politischen Thema im jeweiligen Sozialraum und kanalisieren das dort entstehende Interesse an der vertieften Behandlung politischer Themen in einem auf Dauer angelegten Bildungsangebot, aus dem heraus dann wieder neue Veranstaltungen der politischen Bildung in unterschiedlichsten Formaten entstehen.

### *Konzeptionelle Grundprinzipien*

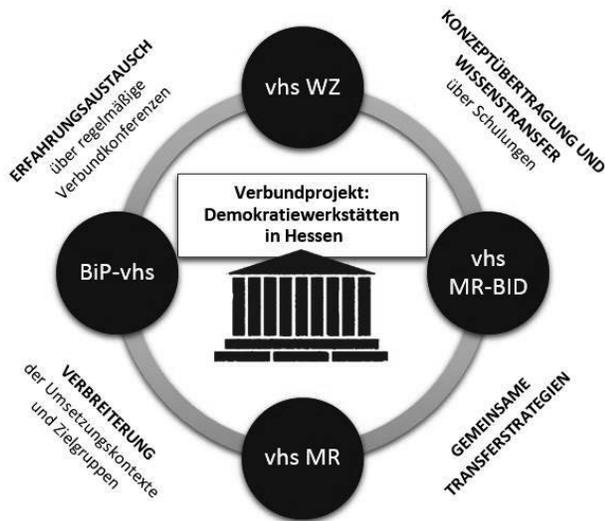
Für die Arbeit von DW gelten einige wenige Grundprinzipien:

- In einer DW unterliegt die inhaltliche wie auch organisatorische Ausgestaltung der gemeinsamen Arbeit prinzipiell der *Selbstorganisation* und *Selbstbestimmung* der Teilnehmenden. Das bedeutet, dass alle Entscheidungen über Themen, Termine und Orte der Treffen von den Teilnehmenden selbst getroffen werden.
- Die Zusammenarbeit in einer DW ist als *Bildungspartnerschaft* konzipiert. Das schließt klassische, linear-frontale und hierarchisch geprägte Bildungssettings faktisch aus. Als Demokratiewerkstattleitung (DWL) kommt eine pädagogisch erfahrene, eigens für die Tätigkeit qualifizierte Person zum Einsatz, die die Arbeit in der Gruppe in erster Linie organisatorisch rahmt, methodisch begleitet und den Prozess moderiert. Thematisches Fachwissen steuert sie erst in zweiter Linie und nur nach Bedarf der Gruppe zu (vgl. Rudolf/Wicker 2003, 84). Das Handeln der DWL ist auf „Selbstbestimmtheit [der Gruppe] als entscheidende[s] Erfolgskriterium“ orientiert (ebd.).
- Die DW hat den Anspruch, sich ganz in der *Nähe* der Beteiligten zu konstituieren – das gilt thematisch aber auch geographisch.
- DW sind ausdrücklich als *Bildungsarrangements* konzipiert und grenzen sich damit scharf von allen Formen politischer Interessenvertretung ab. Die DW bildet den Rahmen dafür, dass Teilnehmende sich über Lernprozesse eine politische Meinung bilden bzw. diese weiter entwickeln. Um dies gewährleisten zu können, müssen sie als Denk-Räume zwingend politische Neutralität bewahren. Die DW selbst wird sich als Gremium also niemals politisch positionieren. Zum politischen Diskurs trägt sie ausschließlich im Wege der politischen Bildung bei. Im politischen Raum besteht Gefahr für ihre Integrität vor allem durch zwei mögliche Reaktionsmuster: das der positiven oder das der negativen Vereinnahmung, also entweder der Instrumentalisierung durch eine politische Partei oder Gruppierung für die eigene politische Agenda oder der Abgrenzung bei gleichzeitiger Identifikation mit dem politischen Wettbewerber. Zur Vermeidung beider Reaktionen ist die Berufung auf den Bildungscharakter und die absolute Zurückhaltung bei der öffentlichen Positionierung *als Demokratiewerkstatt* mithin der einzige Weg. Nach innen ist die DW völlig frei in der Auswahl ihrer Themen und der Gestaltung ihres Diskurses. Teilnehmende an einer DW sind selbstverständlich ebenso in keiner Weise eingeschränkt in ihrer politischen Meinungsäußerung. Im Gegenteil: Die DW soll ja gerade dazu beitragen, dass sich ihre Teilnehmenden eine solche Meinung überhaupt bilden können. Nur eben sprechen sie dann für sich und nicht für die DW. Für Teilnehmende können sich im Rahmen der Arbeit ggf. Wege für darüber hinaus gehende Formen des Engagements erschließen, diese sind dann jedoch streng außerhalb der eigentlichen DW zu verorten. Politische (Selbst-)Wirksamkeit wird also bei den Teilnehmenden mittelbar durch individuellen Kompetenz- und Wissenszuwachs erreicht, nicht durch unmittelbare Teilnahme der DW am politischen Diskurs als Gruppe.

- DW sind aus der Perspektive der anbietenden Institution auf *Nachhaltigkeit* angelegt, d. h. sie existieren nach der Gründung als fortlaufendes Angebot der vhs z. B. in einer Schule oder Kommune. Ausgehend von einem punktuellen Impuls wird entstehendes politisches Interesse aufgegriffen und in dauerhaftes Engagement für die politische Bildung verstetigt. Personell wie auch thematisch kann die DW dabei von Diskontinuität geprägt sein, es werden also Menschen eine Zeitlang teilnehmen und dann aus verschiedenen Gründen wieder ausscheiden, andere werden dauerhaft dabei bleiben. Das Angebot der DW besteht jedoch fort und ist gerade nicht projektförmig, auch wenn einzelne Arbeitsphasen projekthaft organisiert sein können. Nach Abschluss einer solchen Phase arbeitet die DW an neuen Themen und möglicherweise mit z. T. neuen Teilnehmenden weiter. Die anbietende Institution ist dabei GarantIn des Nachhaltigkeitsmerkmals.
- DW sind keine betriebswirtschaftlichen, Output-orientierten Arbeitseinheiten. Die Beteiligung der Teilnehmenden erfolgt freiwillig und ausschließlich intrinsisch motiviert. Je nach Arbeitsphase kann die Teilnahme jedoch auch eine verlässliche, verbindliche Mitarbeit erfordern, so z. B. während der Planung einer Bildungsveranstaltung. Dadurch bewegt sich die Arbeit immer *im Spannungsfeld zwischen Ungezwungenheit und Verbindlichkeit*. Die DWL muss hier ggf. individuelle Entscheidungen der Teilnehmenden für oder gegen die Mitarbeit akzeptieren. Auch das „Scheitern“ einmal gefasster Pläne an der Realität der von den Teilnehmenden einzubringenden Zeit- und Engagementressourcen ist dabei denkbar.
- Das Engagement der Teilnehmenden in einer DW findet *ebrenamtlich* statt und ist gebührenfrei zu gewährleisten.

#### **4. Konzeptentwicklung, -erprobung und Transfer im Verbundprojekt**

Um das Format DW in der Arbeit mit Erwachsenen zu erproben, realisieren die Volkshochschulen der Städte Wetzlar und Marburg sowie der Landkreise Main-Kinzig (BiP-vhs) und Marburg-Biedenkopf seit März 2018 ein durch den Hessischen Weiterbildungspakt gefördertes Verbundprojekt. In diesem verfolgen die einzelnen Volkshochschulen jeweils eigene, organisatorisch voneinander unabhängige Vorhaben, die durch das Format DW sowie eine eingeflochtene Vernetzungs- und Transferarchitektur verbunden sind. Die Volkshochschulen Marburg und Wetzlar entwickeln dabei gezielt DW für die Zielgruppe Neuzugewanderte, wohingegen die BiP-vhs und die vhs Marburg-Biedenkopf DW ohne Zielgruppenspezialisierung planen. Das Projekt ist auf drei Jahre (bis Ende 2020) angelegt. Seine Umsetzung erfolgt in drei Schritten:



(1) *Konzeptübertragung und Wissenstransfer:* Im ersten Projektabschnitt fokussieren die Projektmitarbeitenden die Konsequenzen, die eine Übertragung des Konzepts auf die Erwachsenenbildung insbesondere an Volkshochschulen mit sich bringt. Das übertragene Konzept sowie das an der BiP-vhs bereits vorhandene methodische und umsetzungspraktische Wissen wird im Rahmen von Inhouse-Fortbildungen gezielt an die Verbundpartner weitergegeben<sup>1</sup>.

(2) *Praxiserprobung mit Verbreiterung der Umsetzungskontexte und Zielgruppen:* Über die jeweils verschiedenen thematischen Ausrichtungen der Verbundprojekte, vielfältige Netzwerk-/Kooperationspartner sowie unterschiedliche Zielgruppen wird in der folgenden Umsetzungsphase ein breiter Erfahrungshintergrund und vielfältiges Praxiswissen zum Einsatz des Formats mit Erwachsenen erzeugt.

(3) Über gemeinsame Transfer- und Multiplikationsstrategien wird in der letzten Phase des Projektes die Bekanntheit des Formats DW innerhalb und außerhalb der „vhs-Landschaft“ erhöht, das erzeugte Praxiswissen an Interessierte weitergegeben und so die Wahrnehmung der vhs als Akteurin der politischen Bildung gestärkt.

Gerahmt wird die Projektarbeit durch den regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Projektmitarbeitenden in Verbundkonferenzen, die die Umsetzungen vor Ort begleiten. Das an den unterschiedlichen Orten erzeugte Praxiswissen wird dadurch bereits im Prozess geteilt und verdichtet, bei auftretenden Schwierigkeiten unterstützt kollegiale Beratung die Umsetzungen vor Ort.

## 5. Erste Ergebnisse nach einem Jahr Projektlaufzeit

### *Übertragung des Konzepts auf die Erwachsenenbildung an Volkshochschulen*

Das DW-Konzept für den kommunalen Raum zu erschließen, birgt zum einen Potenziale. Er ist die „unmittelbarste und für den Bürger ‚greifbarste‘ Ebene politischer Willensbildung“, denn dort „bietet sich dem Bürger die erste und umfangreichste Möglichkeit, am politischen Geschehen mitzuwirken“ (Rudolf/Zeller 2001, 217 f.). Zum anderen muss sich die DW durch die kommunale Verortung der Volkshochschule nicht nur organisatorischen, sondern auch inhaltlichen Herausforderungen stellen, wie dem „Spannungsfeld von legitimer Loyalitätserwartung und inhaltlicher Selbstzensur [...]. Soll politische Bildung gelingen, erfordert das von allen Beteiligten ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein“ (Laku 2016, 96). Letztgenanntes gilt, auch wenn sich die DW der parteipolitischen Auseinandersetzung qua Konzept zu entziehen versucht.

Die Teilnehmerstruktur innerhalb einer DW erweist sich im schulischen Kontext als recht differenziert: Zum einen erreicht sie dort die „Bildungs- und Engagementelite“, jene also, die z. B. ohnehin schon anderweitig engagiert sind. Zum anderen aber fühlen sich viele durch das offene Konzept der DW angezogen, die sich ein Engagement im gesellschaftlichen Bereich (noch) nicht vorstellen können, sozial u. U. eher am Rand stehen o. ä.

Dies ist auch im vhs-Kontext zu erwarten. Um dort dieses Potenzial zu erschließen, müssen die Volkshochschulen jedoch gewohnte Wege der Öffentlichkeitsarbeit verlassen. Stattdessen müssen Netzwerkpartner und „Gatekeeper“ gewonnen und in die Arbeit einbezogen werden. Gelingt dies, so ist bei einer Durchführung im Rahmen der allgemeinen Erwachsenenbildung – zumindest potenziell – mit einer größeren Heterogenität der Teilnehmenden zu rechnen. Diese resultiert aus der größeren Spanne der angesprochenen Lebensalter sowie der breiter gestreuten Bildungserfahrung. Auch sind bei Erwachsenen politische Haltungen und Grundüberzeugungen ggf. schon stärker ausgeprägt und verfestigt als bei Jugendlichen. Von dieser Heterogenität profitieren – hinsichtlich der Stärkung von Debattenkultur und Argumentationskompetenz, aber auch der Fähigkeit zur Perspektivübernahme – alle Beteiligten, sie ist aber zugleich eine Herausforderung für die DWL. Auch dass Teilnehmende im Rahmen der DW selbst Bildungsangebote organisieren, kann letztlich die Reichweite bis zu den bildungs- und politikferneren Gruppen sichern (vgl. u. a. Wicker 2012; Rudolf/Wicker 2003).

Die grundsätzliche Attraktivität eines solchen Angebots auch für die erwachsene Zielgruppe speist sich aus dem Befund, dass die Menschen in einer global vernetzten Welt mit einer Vielzahl von Themen und Sichtweisen konfrontiert sind. Informationen unterschiedlichster Qualität erreichen sie auf unterschiedlichsten Kanälen. Das fordert auf vielfältige Weise heraus. Die Demokratiewerkstatt ist ein Ort, an dem diese Vielfalt gemeinsam eingeordnet werden kann. Zusammen wird der Herausforderung begegnet, scheinbar unvereinbare Positionen in Einklang zu bringen, ohne einen Konsens herstellen zu müssen. Die so angestoßenen individuellen und gemeinschaft-

lichen Lernprozesse münden in die Gestaltung von Angeboten politischer Bildung. Damit wird der bzw. die Einzelne gestärkt, werden Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht, Menschen zusammengebracht, der demokratische Diskurs vor Ort belebt und die gemeinsame demokratische Kultur gestärkt. Konfrontationen können moderiert und produktiv gewendet werden, es entsteht ein geschützter Raum, in dem die Meinungsvielfalt gefördert, einander zugehört und Lernen ermöglicht wird. Denn es geht nicht darum, andere zu überzeugen, sondern gemeinsam mehr über einen politischen Sachverhalt oder Zusammenhang zu erfahren und letztlich auch anderen – außerhalb der DW – diese Erkenntnisse zu ermöglichen.

Die Verfügbarkeit der erwachsenen Teilnehmenden ist allerdings gegenüber der von Schülerinnen und Schülern (durch Berufstätigkeit, Care-Arbeit inner- und außerhalb der Familie, bereits bestehendes gesellschaftliches Engagement und andere soziale Verpflichtungen etc.) eingeschränkt. Die Umsetzung des Prinzips der Nähe ist durch das Fehlen eines mit der Schule vergleichbaren, institutionellen Bezugsrahmens erschwert. Der Status der DW als Bildungsarrangement muss in der Schule vermutlich weniger aufwändig etabliert werden als im außerschulischen Kontext, wo er evtl. stärker mit den Erwartungen der Teilnehmenden, aber auch der Kommune kollidiert.

Außerdem konfligieren die skizzierten Grundprinzipien an verschiedenen Stellen mit den gängigen Rahmenbedingungen der Institution Volkshochschule. Das Prinzip der Selbstbestimmung verlangt fortlaufende Aushandlungsprozesse und Absprachen sowie Flexibilität nicht nur von den Teilnehmenden und DWL, sondern auch von der Institution (z. B. flexible Verfügbarkeit von Räumlichkeiten). Ebenso ist ein dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entsprechendes Format ohne institutionell definiertes Ende aus vhs-Sicht ungewöhnlich. Beim Einsatz von Honorarkräften werden durch die Volkshochschulen i. d. R. Gebühren erhoben (wobei es im Kontext politischer Bildung verschiedentlich andere Regelungen gibt). Dies macht für die Umsetzung den Einsatz von Drittmitteln oder Querfinanzierungen erforderlich.

### *Schulung von Demokratiewerkstattleitungen*

Ein halbtägiger Workshop (6 Unterrichtseinheiten à 45 min) soll pädagogisch erfahrene Personen in die Lage versetzen, (a) das spezifisch Politische an politischer Bildung zu reflektieren, (b) das DW-Konzept und seine Grundprinzipien kennenzulernen und (c) sich der eigenen Rolle als DWL in diesem Konstrukt bewusst zu werden. In Anlehnung an Sander (2002, 42) kommt es für die DWL also darauf an, die Qualität politischen Urteilens zu verbessern, ohne dass sich die Teilnehmenden dabei inhaltlich festlegen müssen. Diese Qualitätsverbesserung definiert Sander (vgl. ebd., 42 f.) als vertikalen und horizontalen Komplexitätszuwachs. Mit vielen praktischen Beispielen aus über 20 Jahren DW-Arbeit gilt es hierbei, die Teilnehmenden an die DW und vor allem deren offenes Format heranzuführen.

Der Teilnehmendenkreis der bislang vier Workshops (zweimal Marburg, je einmal Marburg-Biedenkopf und Wetzlar) war divers und umfasste u. a. Studierende, Ehrenamtliche, Rentnerinnen und Rentner aus verschiedenen beruflichen Kontexten sowie pensionierte Lehrkräfte. Sehr unterschiedliche Ergebnisse fördert zuverlässig der

Versuch einer Eingrenzung von politischer Bildung zutage, wie er zu Beginn des Workshops unternommen wird. In der DW wird politische Bildung keineswegs als reiner „Vermittlungs-, Thematisierungs- und Umsetzungsmodus“ (Laku 2016, 86) verstanden, sondern als auf Wissens- und Kompetenzerwerb gerichteter Prozess der Beschäftigung mit politischen Themen. Zum besseren Verständnis dieser Themen können Fragestellungen und Erkenntnisse aus (Zeit-)Geschichte, Ökonomie oder anderen Fächern selbstverständlich dennoch hilfreich sein.

Wesentliches Ergebnis aus den Schulungen ist der Wunsch nach kollegialem Austausch und der Betreuung der DW im Tandem. Das konnte kurzfristig in die Projekte eingewoben werden. Auch die angebotenen, zusätzlichen Workshops zu Methoden in der Erwachsenenbildung und Moderation zur Stärkung der methodischen Handlungskompetenz der DWL, die sich in den Projekten in Marburg, Marburg-Biedenkopf und Wetzlar auf verschiedene Weise anschlossen, waren unbedingt nachgefragt. Die Teilnehmenden äußerten nach den Workshops überwiegend Interesse an der Aufgabe als DWL und gaben an, im Wesentlichen dafür gerüstet zu sein.

#### *Erste Praxiserfahrungen am Beispiel der Umsetzung an der vhs Wetzlar*

Die Auftaktveranstaltung zur Gründung einer Demokratiewerkstatt an der vhs Wetzlar fand am 31.10.2018 in der Stadtbibliothek – dem primären Kooperationspartner – statt. Insgesamt fanden sich 22 Interessierte ein. Nach einer Begrüßungs-, Vorstellungs- und Einführungsphase konnten die Anwesenden an verschiedenen Stationen eines von der DWL erstellten Parcours ihre eigenen Vorstellungen und Ideen vortragen oder entwickeln. Schwerpunktmäßig wurde über drei Themenkomplexe diskutiert: Schule, Demokratie und Medien. In einem letzten Abschnitt trafen sich nach der Gruppenarbeit alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nochmals im Plenum, um ihre Überlegungen und Ergebnisse zu präsentieren. Dies bot einen Einblick in Möglichkeiten und Themenvielfalt der DW. Zentral war die Erfahrung der Anwesenden und potentiellen DW-Mitglieder, dass sie die Akteure bzw. Subjekte der DW sind. Abschließend wurden die nächsten Termine vereinbart – die DW Wetzlar war gegründet. Es wurde vereinbart, Treffen im zweiwöchigen Rhythmus durchzuführen – in der Regel über 90 Minuten, bei Bedarf auch länger; so entwickelte sich auch die Praxis bei den 10 Terminen, die seither bis zum Frühsommer 2019 stattfanden.

Die Rahmenbedingungen in der vhs erscheinen nicht ideal. Zwar verfügt die vhs Wetzlar über eigene Räumlichkeiten, diese liegen jedoch außerhalb des Stadtkerns. Die Nutzung der Räumlichkeiten der zentral gelegenen Stadtbibliothek schafft nur bedingt Abhilfe, da über sie nicht frei verfügt werden kann.

Eine weitere Herausforderung liegt nicht nur in der Gewinnung geeigneter DWL, sondern erstreckt sich auch auf deren kontinuierliche Schulung und Qualifizierung sowie den gewünschten kollegialen Austausch (s. o.).

Da immer zwei Personen aus einem Pool von DWL ein Treffen betreuen, bedarf es einer ausgeprägten Koordination zwischen der DWL in Bezug auf organisatorische und inhaltliche Aspekte. Auch zwischen DWL und Teilnehmenden sowie DWL und Projektleitung ist eine regelmäßige Absprache und Kommunikation wichtig.

Auch an die Teilnehmenden stellt das Konzept mitunter hohe Ansprüche. Diese kommen speziell im Vergleich mit einem schulischen Setting zum Vorschein. Die ausgeprägt offenen und teilnehmendenzentrierten Methoden greifen nicht automatisch. Die Offenheit, die dem Konzept inhärent ist, stellt auch die vhs aufgrund der oben beschriebenen Anforderungen vor die Herausforderung, deutlich flexibler als gewohnt zu agieren.

In Wetzlar hat sich gezeigt, dass die bereits im Konzept antizipierten und in der Schulung adressierte Heterogenität der Teilnehmenden (Alter, Herkunft, Muttersprache, Fremdsprachenniveau, Bildungsstand, Lernerfahrungen, Lebenswelt u. a.) eine besondere Herausforderung darstellt. Darauf reagiert die Projektleitung, indem sie gemeinsam mit der DWL den Schulungsaufwand, den kollegialen Austausch und die Reflexion forciert.

## 6. Fazit und Ausblick

Bei der Erschließung des Konzeptes der Demokratiewerkstätten für die Erwachsenenbildung machen die theoretische Reflexion ebenso wie die ersten Praxiserfahrungen deutlich, dass durch die Adressierung von Zielgruppen mit zum Teil großer Heterogenität andere Herausforderungen als im schulischen Alltag auftreten. Dies ist auch auf den Organisationsrahmen der Volkshochschule zurückzuführen – als Ort des freiwilligen Lernens mit gleichzeitig reglementierten Rahmenbedingungen. Die identifizierten Spannungsfelder erstrecken sich auf Bereiche, die durch die Begriffe Verbindlichkeit vs. Offenheit, Freiheit und Selbstbestimmung vs. Kontinuität und Steuerung, Unverbindlichkeit und methodische Offenheit vs. Wunsch nach Anleitung/Vorgaben eingerahmt werden. Der Versuch, heterogen zusammengesetzten Gruppen von Erwachsenen die Chance zur Selbstorganisation in der politischen Bildung zu geben, kann ergänzende Formate generieren.

Fortgang und Erfolg des Projekts müssen zu einem späteren Zeitpunkt beurteilt werden. Dafür ist zu klären, ob Erfolg an rein quantitativen Größen (wie der Anzahl der Anwesenden) oder auch an pädagogischen Derivaten wie der Kursleitenden-Qualifizierung in einem sensiblen und zukunftsorientierten Feld der Erwachsenenbildung (politische Bildung, interkulturelle Öffnung) festzumachen ist. Schon jetzt lässt sich konstatieren, dass ein kreativer Umgang mit den oben genannten Herausforderungen und Spannungsfeldern für das Gelingen zentral sein wird.

## Anmerkungen

- 1 Diese Schulungen können ab dem zweiten Jahr der Projektlaufzeit auch von Volkshochschulen in Anspruch genommen werden, die nicht am Projektverbund beteiligt sind, um so das Format über den Projektkontext hinaus in die vhs-Landschaft zu multiplizieren.

## Literatur

- Change Centre (2013): GAP-Studie: Gegenseitige Akzeptanz von Politikern und Bürgern. Ergebnisbericht für die Landeszentrale für politische Bildung NRW. Berlin.
- Deutschlandfunk (2015): „Wir züchten eine antidemokratische Grundeinstellung“. Werner Patzelt im Gespräch mit Jochen Spengler. [www.deutschlandfunk.de/phaenomen-pegida-wir-zuechten-eine-antidemokratische.694.de.html?dram:article\\_id=334364](http://www.deutschlandfunk.de/phaenomen-pegida-wir-zuechten-eine-antidemokratische.694.de.html?dram:article_id=334364) [15.6.17].
- Landeskuratorium für Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium (Laku 2016): Weiterbildungsbericht Hessen 2015, Wiesbaden.
- Rudolf, Karsten/Wicker, Alexander (2003): Demokratiewerkstätten – Keimzellen der Jungen Bürgergesellschaft. Neue Orte und Formen politischer Bildung: Leitfaden zum Konzept inkl. Methoden- und Themenkiste. Büdingen/Hessen.
- Rudolf, Karsten/Zeller, Melanie (2001): Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt – eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts.
- Sander, Wolfgang (2002): Politische Bildung nach der Jahrtausendwende. Perspektiven und Modernisierungsaufgaben, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 45 (12.11.), S. 36-44.
- Steinmeier, Frank-Walter (2017): Rede zur Preisverleihung im Kreativwettbewerb „VOLKER – für Demokratie-Kommunikation“, Berlin, 30.4., [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/04/170430-Volker-Preisverleihung.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/04/170430-Volker-Preisverleihung.html) [2.12.17].
- Voßkuhle, Andreas (2017): „Ein Populist ist ein Gegner der Demokratie“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.17, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-voesskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-voesskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html) [23.11.17].
- Wicker, Alexander (2012): Demokratiewerkstätten – ein partizipatives Angebot der politischen Bildung, in: Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (Hrsg.), Mitmischen! Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Programmgestaltung von Jungen Volkshochschulen, Bonn, S. 52-55.
- Wolf, Reinhard (2017): Die Selbstgefälligkeit der Intelligenz im Zeitalter des Populismus. Plädoyer für mehr Lernbereitschaft in der Demokratie, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44-45 (27.10.), S. 4-10.